



Politik

## Die Irrfahrten der Euro-Krisenpolitik: Nur radikale europäische Reformen führen nach Ithaka\*

Die Eurokrise spitzt sich weiter zu. Erneut kreisen die Pleitegeier über der Akropolis. Griechenland bekommt auch nächstes Jahr kein Geld von den Kapitalmärkten. Ein neues Rettungspaket soll das Schlimmste verhindern. Frische Notkredite vergibt die Troika – Internationaler Währungsfonds, Europäische Union und Europäische Zentralbank – aber nur, wenn noch brutaler gespart und Volksvermögen verkauft wird. Deswegen schnürte der sozialistische Staatschef Papandreou ein neues milliardenschweres Sparpaket, das Ende Juni mit knapper Mehrheit vom griechischen Parlament verabschiedet worden ist.

Merkel, Sarkozy und die anderen EU-Staatenlenker lernen aber nicht aus ihren Fehlern. Ihre Politik ist komplett gescheitert. Die Medizin der Troika fesselt die europäischen Patienten ans Krankenbett. Am stärksten leidet Griechenland. Der unglückliche Papandreou kürzte und strich, was der Rotstift hergab. In den letzten 30 Jahren sparte kein Land so radikal wie Athen<sup>1</sup>. Mit fatalen Folgen: Die griechische Wirtschaft schrumpft, die Arbeitslosigkeit steigt und die Steuereinnahmen sinken. Deswegen ist jetzt das Haushaltsloch grösser als erwartet. Der 340 Milliarden Euro grosse Schuldenberg – das 1,5-Fache der Wirtschaftsleistung – wächst weiter.

### Die deutschen Eliten setzen das europäische Schiff auf Grund

Die griechische Tragödie wirft ein Licht auf den Zustand der deutschen Eliten. Die herrschende Politik und die Wirtschaftselite des Landes sind kurz davor, den Euro-Tanker zu versenken. Damit verstossen sie paradoxerweise gegen eigene Interessen. Für die deutsche Exportindustrie, die Banken und Versicherungen ist die Euro-Rettung von existenzieller

---

#### Klaus Busch und Dierk Hirschel

Prof. Dr. Klaus Busch ist europapolitischer Berater der deutschen Gewerkschaft Ver.di.

Dr. Dierk Hirschel ist Leiter des Bereichs Wirtschaftspolitik, Europa, Internationales bei der Gewerkschaft Ver.di.

Bedeutung. Ein Zerfall des Währungsraums würde die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deut-

\* Ithaka ist die Heimat von Odysseus, die er nach dem Trojanischen Krieg erst nach langer, zehnjähriger Irrfahrt wieder erreicht.



Politik

schen Wirtschaft nachhaltig schwächen. Die Aufwertung eines Nord-Euro respektive der D-Mark würde deutsche Exportgüter empfindlich verteuern. Die Folge wäre ein grosser Verlust an Marktanteilen. Die deutsche Wirtschaft exportiert jährlich Waren im Wert von 100 Milliarden Euro nach Südeuropa. Doch damit nicht genug: Der heimische Finanzsektor müsste durch einen südeuropäischen Zahlungsausfall stark bluten.

Warum gelingt es den Eliten nicht, eine Strategie zu entwickeln, die den eigenen Interessen dient und die Eurozone rettet? Die Antwort ist komplex: Erstens sind die deutschen Eliten Gefangene ihres einzelwirtschaftlichen Denkens und Handelns sowie des daraus abgeleiteten neoliberalen Politikentwurfs. Die Eliten halten an einer einseitigen Exportorientierung fest und verschärfen dadurch die Ungleichgewichte im Euroland. Zweitens verfolgt die herrschende Politik bei der Bekämpfung der Staatsschulden eine bornierte nationalstaatliche Strategie, die den Problemen nicht gerecht wird. Und drittens bedient die schwarz-gelbe Regierung einen Nationalpopulismus, der eine europäische Lösung der Krise verhindert.

Doch der Reihe nach: Die wirtschaftliche Integration Europas stärkte die Macht der Unternehmen. Im grenzenlosen Binnenmarkt konnte das Management mit dem Damoklesschwert der Standortverlagerung die Löhne drücken, die Arbeitszeiten verlängern und unsichere Beschäftigungsverhältnisse durchsetzen. Des Weiteren drängten Management und Arbeitgeberverbände auf eine Politik der Deregulierung, Privatisierung, des Sozialabbaus und der Umverteilung von unten nach oben. Ihre Lobbyarbeit war erfolgreich. Die so genannten Arbeitsmarkt- und Sozialreformen schwächten die gewerkschaftliche Handlungsfähigkeit. So wurden die deutschen Lohnstückkosten an die Kette gelegt. Die Exportüberschüsse explodierten. Im Süden der Eurozone stiegen hingegen die Handels- und Leistungsbilanzdefizite<sup>2</sup>.

Arbeitgeberverbände und Regierung feiern die deutschen Exporterfolge. Sie übersehen aber in ihrer beschränkten einzel- und nationalwirtschaftlichen Sicht die gesamtwirtschaftlichen Folgen ihres Handelns für ganz Europa. Im so genannten Euro-Plus-Pakt gehen sie sogar so weit, den europäischen Defizitländern zu empfehlen, der deutschen Lohn- und Arbeitsmarktpolitik zu folgen. Dabei übersehen sie, dass diese Strategie die Deflationsgefahr auf dem alten Kontinent nur noch verschärft, weil überall die Binnennachfrage nachhaltig geschwächt würde. Hinzu kommt, dass reine Kostensenkungsstrategien und neoliberaler Umbau die ablehnende Haltung der deutschen Bevölkerung gegenüber dem Euro verfestigt haben. Die Lebenswirklichkeit vieler Beschäftigter,



Politik

Arbeitsloser und Rentner verschlechterte sich, seitdem es den Euro gibt. Die Mehrheit der Deutschen möchte die D-Mark wieder zurück. Die Rettungspakete für Athen, Dublin und Lissabon stossen auch deshalb auf grosse Ablehnung.

Erschwerend hinzu kommt eine Renaissance nationalstaatlicher Politik. Merkel, Westerwelle & Co verweigern sich einer europäischen Strategie, um die Schuldenkrise zu überwinden. Im europäischen Haus ist aus konservativ-liberaler Sicht jeder Nachbar für sich selbst verantwortlich. Beim Aufbau der Euro-Rettungsschirme – EFSF (Europäische Finanzstabilisierungsfazilität) und ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus) – wurden die Schulden der EU-Staaten nicht zu gemeinsamen Schulden erklärt. Stattdessen wurden individuelle Kreditpakete mit spezifischen Sparauflagen geschnürt. Nun können die Finanzmärkte weiterhin gegen jeden einzelnen Staat spekulieren. Es gibt unterschiedliche Ratings und unterschiedliche Zinssätze. Ein gemeinsames europäisches Vorgehen hätte hingegen die Zinslast der Schuldnerstaaten deutlich senken können. Statt über eine europäische Wachstumsstrategie die Schulden mittelfristig abzubauen, haben die überharten nationalen Sparstrategien das Wachstum abgewürgt und die Schuldenquoten noch einmal deutlich erhöht.

Darüber hinaus vergiften die bürgerlichen Parteien und Medien durch einen populistischen Nationalismus das politische Klima. Sie schüren gezielt das Vorurteil vom deutschen Zahlmeister Europas – oder in den Worten der Kanzlerin: »Es geht auch darum, dass man in Ländern wie Griechenland, Spanien, Portugal nicht früher in Rente gehen kann als in Deutschland, sondern dass alle sich auch ein wenig gleich anstrengen - das ist wichtig.«<sup>3</sup> Das Bild von den faulen und korrupten Griechen, Portugiesen und Spaniern, die angeblich jahrelang über ihre Verhältnisse lebten, hat sich in den Köpfen festgesetzt<sup>4</sup>. Die Schuldenberge sind nach dieser Lesart das zwangsläufige Ergebnis unsolider Haushaltsführung.

Die deutschen Eliten bringen sich auf diese Weise in eine fast aussichtslose Lage. Einerseits können und wollen sie den Euro nicht opfern. Andererseits schadet ihr konkretes Handeln den Schuldenländern. Anschliessend müssen sie Hilfspakte schnüren, die sie der deutschen Öffentlichkeit kaum noch vermitteln können. Jedes neue Rettungspaket wird mit immer drakonischeren Sparauflagen gespickt. Diese ökonomisch schädlichen Zutaten sind die beste Garantie für das Scheitern. Die Abstände zwischen den Rettungspaketen werden immer kürzer. Und mit jeder Hilfsmassnahme schwindet der politische Rückhalt hüben wie drüben. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis ein »Durchregieren« nicht mehr möglich ist.



Politik

## Irrwege der Euro-Krisenpolitik

Die europäischen Staatschefs kaufen sich mit dem Rettungspaket wieder Zeit. Die verschärften Sparauflagen werden jedoch die wirtschaftliche Lage Athens verschlechtern. Die Deflationspolitik führt in die Sackgasse. Das Wachstum ist zu gering, die Zinsen sind zu hoch, und die notwendigen Primärüberschüsse – Haushaltsüberschuss vor Zinszahlungen – sind nicht realisierbar. Für die Tilgung und die Zinsen aller regulären Kredite benötigt Griechenland im Jahr 2013 einen Primärüberschuss von 16 Prozent. Sollen auch die 110 Milliarden Euro schweren Hilfskredite bis 2017 getilgt werden, müsste der Primärüberschuss sogar 30 Prozent erreichen. Dafür bräuchte Athen aber ein nominales Wirtschaftswachstum von durchschnittlich drei Prozent<sup>5</sup>. Klar ist, dass solche hohe Überschüsse selbst mit den brutalsten Sparprogrammen und dem Verkauf des griechischen ›Tafelsilber‹ nicht machbar sind. Was für Griechenland gilt, gilt auch für die anderen Schuldnerstaaten.

Wenn weitere Rettungspakete politisch nicht mehr durchsetzbar sind, könnte der Weg der Umschuldung beschritten werden. Die Ökonomen unterscheiden zwischen einer ›weichen‹ und einer ›harten‹ Variante. Bei einer weichen Umschuldung könnte die Tilgung regulärer und internationaler Kredite bis 2020 respektive 2027 gestreckt werden. Eine solche Umschuldung würde jedoch selbst bei einem fünfprozentigen nominalen Wachstum immer noch Primärüberschüsse zwischen fünf und zwölf Prozent erfordern. Das ist finanzpolitisch nicht darstellbar. Lediglich in Kombination mit einer harten Umschuldung – in Form eines 50-prozentigen Schuldenerlasses –, ergeben sich realistische Überschussziele in Höhe von drei bis sechs Prozent<sup>6</sup>. Ähnlich verhält es sich mit Portugal und Irland. Auch diese Länder stecken in der Schuldenfalle. Ihr Wachstum schrumpfte in der Krise und wird in den nächsten Jahren kaum vom Fleck kommen. Die Zinshöhe liegt deutlich über der Wachstumsrate. Durch radikales Sparen können die notwendigen Haushaltsüberschüsse nicht erzwungen werden. Folglich wird sich der Schuldenanstieg beschleunigen. Der Ökonom Hishow plädiert deshalb für eine EU-›Schenkung‹ an Lissabon, Dublin und Athen in Höhe von 209 Milliarden Euro<sup>7</sup>. Nur so könne die Insolvenz dieser Staaten vermieden werden.

Die Berechnungen sind überzeugend. Wenig befriedigend ist jedoch, dass die Risiken der Umschuldung nicht ausreichend diskutiert werden. Zunächst besteht eine hohe Ansteckungsgefahr für andere Schuldnerstaaten. Darüber hinaus droht unterkapitalisierten Gläubigerbanken der Kollaps. Ende 2010 waren deutsche Banken mit 34 Milliarden Euro in Griechenland engagiert, französische Geldhäuser gar mit 57 Milliarden<sup>8</sup>. Inzwischen haben die privaten Banken und Versicherungen fast die



Politik

Hälfte ihrer griechischen Anleihen abgestossen. Rund zwei Drittel der hellenischen Staatspapiere sind heute im Besitz öffentlicher Institutionen. Unter diesen Umständen sind es die griechischen, deutschen und französischen Steuerzahler, die den Schuldenschnitt bezahlen. Gerecht geht anders. Zudem durchbricht ein Schuldenerlass nicht den Teufelskreis aus schrumpfendem Wachstum und hohen Zinsen.

Auch das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in Düsseldorf warnt vor den unkontrollierbaren Folgen einer Umschuldung<sup>9</sup>. Vor diesem Hintergrund ist es nur allzu verständlich, dass die Troika vor einem solchen Schritt (noch) zurückschreckt. Zudem behandelt ein Schuldenschnitt nicht die Krisenursachen. Solange der Anleihezins über der Wachstumsrate liegt, stecken die Krisenstaaten in der Schuldenfalle. Ein Schuldenerlass durchbricht nicht den Teufelskreis aus schrumpfendem Wachstum und hoher Zinslast.

Weil die herrschende Politik die wirtschaftliche und soziale Lage der Schuldnerländer weiter verschlechtert, wird sich die politische Debatte in den Krisenregionen zunehmend auf einen möglichen Austritt aus der Euro-Zone konzentrieren. Vorstellbar ist der Austritt eines einzelnen Staates, aber auch einer Staatengruppe. Positiv an diesem Schritt wäre, dass die Staaten ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit durch eine Währungsabwertung verbessern könnten. Diesem Vorteil stehen aber grosse Risiken gegenüber<sup>10</sup>. Zunächst droht eine massive Kapitalflucht. Zudem würden die Staatsschulden, die in Euro notiert sind, abwertungsbedingt erheblich ansteigen. Die internationalen Kapitalmärkte würden diesen Staaten nur noch zu Wucherzinsen Kredite gewähren. Schon jetzt liegen die Zinsen für zweijährige griechische Anleihen bei mehr als 20 Prozent – für zehnjährige Anleihen bei mehr als 15 Prozent. Faktisch wäre dann der Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten versperrt. Die kriselnden Staaten müssten ihre Zahlungsunfähigkeit erklären und ein Schuldenmoratorium verhängen. Denkbar wäre jedoch, dass sie anschliessend andere Kreditgeber finden – beispielsweise China oder Russland. Diese Finanziers würden aber nicht als reine Wohltäter auftreten. Die neuen Geldgeber müssten schliesslich einkalkulieren, dass sie ihr Kapital teilweise verlieren. Zudem wäre die Kreditvergabe mit einer politischen Einflussnahme dieser Länder verbunden.

Die Perspektiven eines Austritts aus der Euro-Zone sind für die Schuldenstaaten ungewiss. Kurzfristig müssten sich die Austrittsländer auf eine ökonomische Verelendung und massivste innenpolitische Kämpfe einstellen. Für die restlichen Euro-Staaten wäre der Austritt mit einem Schrumpfen der Exportmärkte und mit einem Verlust von Marktanteilen verbunden. Das europäische Bankensystem würde in Lebensgefahr



Politik

schweben. Eine Rekapitalisierung mit Steuergeld wäre unumgänglich. Zudem würde der europäische Integrationsprozess um Jahrzehnte zurückgeworfen. Alles in allem sollte ein Austritt aus der Euro-Zone tunlichst vermieden werden.

### **Europa braucht einen grossen Sprung nach vorn**

Der Euro wird nur überleben, wenn Europa einen Sprung nach vorne macht und die wirklichen Ursachen der Krise überwindet<sup>11</sup>. Diese liegen in der Fehlkonstruktion des Maastrichter Vertrages, in entfesselten Finanzmärkten und einer steigenden ökonomischen Ungleichheit. Die EU muss an Haupt und Gliedern reformiert werden. Kurzfristig braucht der alte Kontinent eine gemeinsame Wachstumsstrategie und ein europäisches Schuldenmanagement. Griechenland und seine südeuropäischen Nachbarn brauchen Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Klimaschutz. Deswegen sollte jetzt ein Marshallplan für Südeuropa entwickelt werden. Ein solches Investitions- und Entwicklungsprogramm würde den südeuropäischen Wachstumsmotor wieder ankurbeln und die hohe Arbeitslosigkeit bekämpfen. Gleichzeitig sollte ein New Deal zur Verbesserung der europäischen Infrastruktur und Umwelt (Transportwesen, Telekommunikation, Umweltschutz) weitere Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung Europas setzen. Darüber hinaus müssten die Überschussländer ihre Binnennachfrage ankurbeln. Eine Schlüsselrolle fällt hier Deutschland zu. Das grösste Überschussland kann durch eine veränderte wirtschaftspolitische Strategie helfen, die Defizite der Krisenländer abzubauen. Schliesslich müsste die deflatorische Austeritätspolitik in den Schuldenländern sofort gestoppt werden.

Wachstum allein reicht aber nicht aus. Gleichzeitig müssten die Zinsen runter. Die Notfallkredite sollten zu günstigeren Konditionen vergeben werden. Zudem müsst Brüssel endlich die Schulden aller Mitgliedstaaten garantieren und Eurobonds ausgeben. Eurobonds sollten sowohl für bestehende Staatsschulden als auch für die Neuverschuldung ausgegeben werden. Sie können die Finanzierungskosten der Schuldnerstaaten erheblich senken. Sollten Wachstum und Niedrigzinsen aber wider Erwarten nicht ausreichen, um die Schuldenlast tragfähig zu machen, könnte nach einigen Jahren eine Umschuldung einzelner Staaten erfolgen. Im Unterschied zu den aktuell diskutierten Umschuldungskonzepten, müsste ein solcher Schuldenschnitt alle Krisenstaaten gleichzeitig erfassen. Nur so kann eine unkontrollierte Ansteckung vermieden werden. Im Sinne des Brady-Planes könnten alte Anleihen mit einem Abschlag in neue umgewandelt werden. Diese würden dann mit gerin-



Politik

geren Tilgungen und Zinslasten einhergehen (Euro-Bonds). Zugleich wäre eine gemeinsame Strategie zur Rekapitalisierung grosser Teile des europäischen Bankensektors erforderlich. Priorität hat jedoch eine Wachstums- und Zinspolitik, die eine Umschuldung vermeiden hilft.

Diesen skizzierten Sofortmassnahmen müssten grundlegende Reformen der europäischen Institutionen und Regulierung folgen. Zentral ist zunächst eine Reform der europäischen Finanzmärkte. Entfesselte Finanzmärkte haben die Euro-Krise verschärft. Die Staatsfinanzen hängen am Tropf der Kapitalmärkte. Mit Steuergeld gerettete Banken bestimmen den Preis, zu dem sich Staaten frisches Kapital leihen können. Rating-Agenturen, die vor der Krise für Schrottpapiere Bestnoten vergaben, urteilen heute über die Kreditwürdigkeit Athens. Investmentbanken und Hedgefonds können mit Kreditausfallversicherungen auf die Pleite einzelner Staaten wetten. Damit muss endgültig Schluss sein. Es gilt, die Staaten aus der Geiselhaft der Finanzmärkte zu befreien. Banken, die zu gross sind, um in Konkurs gehen zu dürfen (too big to fail), sind zu zerlegen. Ein europäischer Finanzmarkt-TÜV soll zukünftig über die Zulassung von Finanzmarktprodukten entscheiden. Der Handel mit Kreditausfallversicherungen muss verboten werden. Private Rating-Agenturen müssen durch eine öffentliche europäische Rating-Agentur entmachtet werden.

Der radikalste Schritt zur Euro-Rettung wäre eine weitgehende Entkoppelung der Staatsfinanzen von den Kapitalmärkten in Form einer direkten Staatsfinanzierung durch die Zentralbank. Das ist in den USA, in Japan und Grossbritannien gängige Praxis. Lediglich auf dem alten Kontinent verbietet die EZB-Satzung die direkte Staatsfinanzierung. Über die Sinnhaftigkeit dieses geldpolitischen Alleinstellungsmerkmals der Eurozone müsste diskutiert werden<sup>12</sup>. Mit einer solchen Radikalreform des Finanzsektors können Schuldenkrisen eingedämmt und die Gefahr der Ansteckung anderer Staaten sowie des Kollapses von Finanzinstitutionen bei Umschuldungen vermieden werden.

Damit aber nicht genug. Wir brauchen auch eine Koordination der Lohn-, Sozial- und Steuerpolitiken in der EU. Sie ist ein erster Schritt, um einen zentralen Konstruktionsfehler der Maastrichter Währungs- und Wirtschaftsunion (WWU) zu beheben. Eine enge Abstimmung der Lohn-, Sozial- und Steuerpolitiken erschwert Dumpingstrategien und verhindert somit eine eklatante Verzerrung der Wettbewerbsverhältnisse in der EU.

Neben der Schuldenfrage gefährden die grossen Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen der Mitgliedstaaten die Euro-Zone. Der Euro-Plus-Pakt basiert auf dem Irrtum, dass die Ungleichgewichte zurückge-



Politik

hen, wenn alle Staaten der deutschen Politik des Gürtel-enger-Schnallens folgen. Es können aber nicht alle Staaten gleichzeitig Überschüsse erzielen. Der Pakt löst die Schuldenprobleme nicht. Im Gegenteil: Er verschärft die schuldentreibende Deflationspolitik in Europa.

Die wichtigste Reform wäre aber die Einrichtung einer europäischen Wirtschaftsregierung. Ein zentraler Irrtum des Maastrichter Vertrages war die Vorstellung, eine gemeinsame Geldpolitik ohne eine gemeinsame Fiskalpolitik realisieren zu können. Eine Wirtschafts- und Währungsunion braucht aber eine politische Union. Eine solche demokratisch legitimierte europäische Wirtschaftsregierung könnte Krisen effektiv bekämpfen und hätte die Kompetenz, die Haushalts- und Schuldenpolitik der Mitgliedstaaten zu steuern. Nur ein derart grosser Sprung nach vorn kann die Euro-Zone und die EU auf Dauer stabilisieren. Diese Radikalreform ist im Interesse aller europäischen Staaten, weil ein Zusammenbruch der Euro-Zone für alle EU-Staaten ein politisches und ökonomisches Desaster bedeuten würde. Stückwerkpolitik hilft nicht weiter, sondern schiebt nur die Probleme vor sich her. Um diesen grossen Sprung zu realisieren, muss Deutschland von seiner einseitigen und auf Lohndumping basierenden Exportstrategie Abschied nehmen. Darüber hinaus müssten die EU-Mitgliedstaaten erkennen, dass eine gemeinsame Währung weit mehr braucht als eine Europäische Zentralbank. Erforderlich sind qualitativ neue Integrationsschübe in Richtung politische Union. In früheren Fundamentalkrisen war die EU in der Lage, sich am eigenen Schopf aus dem Sumpf zu ziehen. Das war nach der Politik des 'leeren Stuhls' de Gaulles der Fall, als der Integrationsprozess mit dem Haager Gipfel von 1969 einen neuen Schub erfuhr. Das war auch 1987 der Fall, als mit der Einheitlichen Europäischen Akte und dem Binnenmarktprojekt eine lange Phase der Integrationsstagnation überwunden wurde. Mit dem Maastrichter WWU-Projekt wurde dagegen 1993 nur scheinbar ein Schritt nach vorne getan. Die Defekte des Vertrages, die auch durch den Lissabon-Vertrag nicht geheilt worden sind, haben die EU in eine Krise manövriert, die bestandsgefährdend ist. Die EU braucht erneut die Kraft für eine Radikalreform an Haupt und Gliedern. Es ist zu hoffen, dass ihr ein solcher Sprung nach vorne erneut gelingt, weil sonst die griechische Tragödie in einer europäischen Tragödie enden wird.





Politik

## Anmerkungen

- 1 OECD: Economic Outlook, Nr. 89/2011, S. 36 ff.
- 2 Vgl. auch: Flassbeck, Heiner/Friederike Spiecker: Lohnpolitische Konvergenz und Solidarität oder offener Bruch. In: Wirtschaftsdienst, Nr. 3/2010, S. 178–184.
- 3 Merkel attackiert urlaubsfreudige Südeuropäer. In: Spiegel Online Politik, 7. Juni 2011.
- 4 Vgl. auch: Konrad, Kai A.: Eine Frage der Glaubwürdigkeit. In: Wirtschaftsdienst, Nr. 12/2010, S. 785.
- 5 Berechnungen von Heinz-Dieter Smeets: Ist Griechenland noch zu retten? In: Wirtschaftsdienst, Nr. 5/2010, S. 309–313.
- 6 Smeets, a.a.O., S. 311f.
- 7 Hishow, Ognian N.: EU-Schuldenkrise: Krisenmanagement und die Kosten. In: Wirtschaftsdienst, Nr. 3/2011, S. 169–172.
- 8 Deutsche Banken grösste private Auslandsgläubiger Griechenlands. In: Financial Times Deutschland, 6. Juni 2011.
- 9 IMK-Report Nr. 61, April 2011.
- 10 Vgl. auch: Belke, Ansgar: Lehren aus der Griechenland-Krise – Europa braucht mehr Governance. In: Wirtschaftsdienst, Nr. 3/2011, S. 153.
- 11 Vgl. Busch, Klaus/Dierk Hirschel: Europa am Scheideweg – Wege aus der Krise. In: Internationale Politikanalyse, Friedrich-Ebert-Stiftung, März 2011.
- 12 Vgl. DGB: Zur Krise der Eurozone – Europa neu justieren, Wachstum fördern, Beschäftigung sichern, Euro stabilisieren. In: DGB-Profil, 2011, S. 16–17.